

NIEDERSCHRIFT

über die Haupt- und Umweltausschuss-Sitzung
am Montag, den 2. Dezember 2024, 18:30 Uhr,
im Sitzungssaal des Rathauses

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil:

TOP Nr.	TOP Bezeichnung	Seite:
1.	Jugendpartizipation; Vorstellung der Beteiligungsstrategien durch den Bayerischen Jugend- ring	3-4
2.	Genehmigung überplanmäßige Ausgaben; Kindertagesstätte "St. Michael"; Zuschuss kindbezogene Förderung (An- teil Krippe) Kindertagesstätte "St. Michael"; Zuschuss kindbezogene Förderung (An- teil KiTa)	4
3.	Wärmeversorgung Grundschule Nord	4-6
4.	Verschiedenes	7
5.	Anträge und Anfragen	7

Anwesend: Erster Bürgermeister Michael Neher

Die Mitglieder
des Stadtrates:

Herr Roland Bader
Herr Volker Barth
Frau Dr. Stefanie Bilmayer-Frank
Frau Angelika Böck
Herr Dieter Brocke
Herr Noah Epple
Herr Sascha Frick
Herr Sascha Hinterkopf
Herr Christian Lepple
Herr Wilfried Maier (bis 20:02, TOP 3)
Herr Bernhard Thalhofer (bis 19:59, TOP 3)
Herr Harry Wedemyer (Vertreter für Herr Matthias Wildt)

sowie:

Frau Linda Hieber (Stadt Vöhringen)
Herr Markus Jung (Stadt Vöhringen)
Herr Andreas Öfner (Stadt Vöhringen)

entschuldigt:

Herr Matthias Wildt
Herr Johann Gutter

Beginn:

18:33 Uhr

Ende:

20:10 Uhr

Öffentlicher Teil:

Genehmigung der Tagesordnung – öffentlicher Teil

Beschluss:

Die Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung wird ohne Einwendungen angenommen.

Abstimmungsergebnis: 13:0 angenommen

1. Jugendpartizipation: Vorstellung der Beteiligungsstrategien durch den Bayerischen Jugendring

Bürgermeister Neher begrüßt Herrn Hiller von der Stadtjugendpflege und Herrn Scheerer vom Bayerischen Jugendring.

Herr Scheerer stellt dem Gremium die Präsentation vor und geht anhand dieser auf die verschiedenen Möglichkeiten und die Wichtigkeit der Beteiligung der Jugendlichen ein. Er erklärt, dass für jegliche Beteiligung Jugendlicher, vorab erst einmal das Interesse derer geweckt werden muss. Er stellt verschiedene Formen der Beteiligung und die daraus resultierenden positiven Auswirkungen auf das Verhalten der Jugend vor. Hierbei geht er beispielhaft auf den „8er-Rat“ ein, ein Rat bestehend aus allen Schülern der 8. Klassen der jeweiligen Gemeinden. Er erklärt, inwieweit eine Zusammenarbeit des „8er-Rates“ mit den Verwaltungen wichtig ist.

Ein weiteres Beispiel wäre die Jugendvertretung. Hierbei muss beachtet werden, ob man diesen beispielsweise Antragsrechte einräumt. Diese müssen hierfür geschult werden.

Bürgermeister Neher bedankt sich für die Präsentation und ergänzt, dass diese noch in das Ratsinformationssystem eingestellt wird. Ziel für heute sei es, eine grobe Richtung festzulegen, wie die Stadt Vöhringen bezüglich der Jugendpartizipation vorgehen möchte.

Ein Gremiumsmitglied findet Jugendpartizipation sehr wichtig und betont, dass es jemanden geben muss, der diese vorantreibt und Strukturen vorgibt. Hierfür gäbe es beispielsweise die Jugendbeauftragten des Stadtrates. Auch der Austausch mit der Verwaltung wäre förderlich. Hierbei stellt sich die Frage, wer dafür verantwortlich sein soll.

Herr Scheerer erklärt, dass dies auf die Ressourcen der Verwaltung und der Fachkräfte ankommt.

Ein weiteres Ratsmitglied spricht sich für den 8er-Rat aus, gerade auch weil alle Schulen beteiligt sind.

Ein Ratsmitglied informiert, dass in Illerberg in der Grundschule der Frei-Day durchgeführt wird, damit wurden gute Erfahrungen gemacht und schlägt vor, das Format auf andere Schulen auszuweiten.

Ein Ratsmitglied merkt an, dass das Jugendhaus einen Jugendbeirat hat, dieser könnte den Stadtrat gerne kennenlernen.

Ein Ratsmitglied erinnert an die 70er Jahre in denen es ein Jugendparlament in Vöhringen gab, was heutzutage schwerer sei, da die Jugend nicht mehr so politisch wie früher sei. Der Stadtrat muss auf die Jugend zugehen. Das Mitglied erkundigt sich, wie der schulische 8er-Rat aufgrund verschiedener Wohnorte funktionieren soll.

Ein weiteres Gremiumsmitglied erkundigt sich, wie die Stadt eine ganze Bandbreite von Jugendlichen und Schülern erreichen kann. Auch sollten die politischen Parteien sich mehr Gedanken über die Jugendarbeit machen.

Herr Scheerer erläutert, dass nicht ein einziges Format für alle geeignet ist, es gibt aber viele kleine Projekte mit denen man auch sonst schwer erreichbare Jugendliche erreichen könne.

Bürgermeister Neher fasst zusammen, dass zum einen die Beteiligungsart - beispielsweise eine Rederecht oder ein Antragsrecht im Stadtrat – , zum anderen die Durchführungsweise - welches Gremium funktioniert eigenständig bei Jugend – geklärt werden muss. Hierbei sollte man die Interessenerkundung über die Schulen durchführen.

Ein Gremiumsmitglied betont, wie wichtig es sei, die Jugend an die Politik heranzuführen. Hierbei spielen die sozialen Medien eine große Rolle, auch die Mitwirkung der Verwaltung ist essenziell hierfür.

Herr Scheerer regt abschließend an, dass die Politik auch Themen an Jugend heranbringen kann. Man sollte sich bei der Umsetzung Zeit lassen und die Schwerpunkte nach und nach umsetzen.

2. Genehmigung überplanmäßige Ausgaben: Kindertagesstätte "St. Michael"; Zuschuss kindbezogene Förderung (Anteil Krippe) Kindertagesstätte "St. Michael"; Zuschuss kindbezogene Förderung (Anteil KiTa)

Herr Bürgermeister Neher verweist auf die Sitzungsvorlage.

Ein Ratsmitglied erkundigt sich nach der Höhe der ursprünglich vorgesehenen Haushaltsstelle.

Herr Öffner erläutert, dass bei beiden Haushaltsstellen 300.000, - € vorgesehen waren und ergänzt, dass beide Haushaltsstellen dieses Jahr erstmals überzogen wurden.

Beschluss:

Der Haupt- und Unterausschuss genehmigt die überplanmäßigen Ausgaben der Haushaltsstelle 46410.7010-02 (36.418,98 €) und der Haushaltsstelle 46410.7011-01 (43.596,00 €).

Abstimmungsergebnis: 13 : 0 angenommen

3. Wärmeversorgung Grundschule Nord

Herr Jung verweist auf die Sitzungsvorlage. Die Grundschule Nord hat aktuell einen Verbrauch von 300.000 kWh, aufgeteilt auf BHKW, Gastherme und Stromheizung. Die Gasbezugskosten liegen aktuell bei 6,5 ct / kWh, festgeschrieben bis 2027. Der Markt hierzu ist nicht immer stabil, weshalb mit den aktuellen IST-Werten gerechnet wird.

Das BHKW hat aktuell 40.000 Betriebsstunden. Bei 42.000 h wird die erste größere Revision empfohlen. Eine zweite Revision wird üblicherweise ebenfalls empfohlen. Anschließend sollte das BHKW auf den Prüfstand gestellt werden.

Das BHKW erzeugt neben Wärme auch Strom, der zu 100% eigenverbraucht wird. Durch die kalkulatorischen Ersparnisse steht das Abschalten des BHKWs nicht zur Debatte. In Gesprächen auch mit Herrn Timo Söhner kam die Idee der Abnahme einer Teilmenge. Mittelfristig strebt man eine CO₂-neutrale Wärmeerzeugung an. Durch die Teilabnahme könne man das ökologisch positiv zu bewertende Nahwärmeprojekt, ohne den wirtschaftlichen Aspekt zu vernachlässigen, unterstützen.

Neben dem BHKW wird die Wärme noch von der Stromheizung und von der Gastherme zur Verfügung gestellt. Die Erzeugung von Wärme durch die Stromheizung sei laut Herrn Jung bei den aktuellen Preisen die aktuell unwirtschaftlichste Variante. Hierzu verweist Herr Jung auf die Sitzungsvorlage.

Aus der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung wird ersichtlich, dass das Szenario des aktuellen IST-Zustandes der Wärmeversorgung am günstigsten ist. Eine komplette Umstellung auf Fernwärme wäre deutlich teurer, weil die Ersparnisse bei der Strommenge durch das BHKW entfallen würden.

Ein gesunder Mix aus BHKW, Gastherme und Fernwärme bildet ein gutes Gleichgewicht zwischen Wirtschaftlichkeit, Ökologie und Versorgungssicherheit.

2017 wurde das BHKW installiert, man sollte die Strategie aus dem Energienutzungsplan 2016 weiterhin verfolgen. Die Wärmeerzeugung durch die Stromheizung soll mittelfristig reduziert werden. Hierzu ist Herr Jung schon mit Herrn Hieber im Gespräch. Die freigewordene Kapazität könnte ebenfalls durch das Wärmenetz geliefert werden.

Als sofortige Teilabnahmemenge vom Wärmenetz empfiehlt Herr Jung aus genannten Gründen deswegen anfangs ca. 50.000 kWh abzunehmen. Der Anteil könne bei Änderungen des Wärmeversorgungssystems über die Jahre erhöht werden. Die Teilabnahme soll in einer gemeinsamen Absichtserklärung geregelt werden.

Ein Gremiumsmitglied fragt nach, ob das Installieren von Deckenheizungen nicht teurer sei. Es müsse alles noch besser ausgearbeitet werden. Es wird darauf verwiesen, dass die Daten aus der zusammenfassenden Tabelle zur Wirtschaftlichkeitsbetrachtung allgemein schwer nachvollziehbar seien. Außerdem wird nach der zeitlichen Umsetzbarkeit gefragt.

Herr Jung erklärt daraufhin die Kostentabelle. In Zeile eins sind die jährlichen Kosten und in Zeile 2 die Kosten über 15 Jahre abgebildet. Von den Kosten sind, bei Eigenstromerzeugung durch das BHKW, die kalkulatorischen Ersparnisse abzuziehen. Die Kosten minus die Ersparnisse sind in den letzten zwei Spalten jährlich und über 15 Jahre summiert aufgelistet.

Bezüglich der Umsetzungsdauer erläutert Herr Jung, dass die Teilabnahme der 50.000 kWh/a theoretisch bereits nächstes Jahr umgesetzt werden könnte. Die Umstellung der Regelungstechnik und die Installation der Übergabestation sind kurzfristig umsetzbar. Bezüglich der Abschaltung der Stromheizung könnte er aktuell keinen genauen Zeitplan nennen. Herr Jung macht in diesem Punkt darauf aufmerksam, dass er aus diesem Grund keine feste Zusage für eine höhere Abnahmemengen aus dem Nahwärmenetz in Aussicht stellen würde. Für eine Kostenschätzung, Auslegung und Planung müsse ein Planungsbüro beauftragt werden.

Das Ratsmitglied erkundigt sich nach den Fixpreisen und den variablen Preisen des Fernwärmepreises.

Herr Jung erklärt, dass der Preis bei der Fernwärme auf 3 Jahre fest ist. Ein Wärmeliefervertrag ist als Beispiel der Sitzungsvorlage angefügt, dieser dient nur der Anschauung und würde noch angepasst werden.

Ein weiteres Gremiumsmitglied erkundigt sich nach der ökologischen Bewertung.

Herr Jung erklärt, dass er CO₂ berechnen kann, grundsätzlich sind aber Hackschnitzel ökologisch besser als Gas.

Bürgermeister Neher befindet den Vorschlag einer Mischung aus Ökonomie und Ökologie gut. Die Deckenstrahlheizungen hält er für effizient. Das sei aber kapazitäts- und kostenmäßig natürlich nicht sofort umsetzbar.

Ein Gremiumsmitglied merkt an, dass der Ansatz beständiger und regionaler ist, somit besteht weniger Abhängigkeit von Dritten.

Ein weiteres Gremiumsmitglied merkt an, dass die in der Sitzungsvorlage genannte GmbH so gar nicht existiert, hier sollte man auf den Namen achten. Das Mitglied erkundigt sich nach der Ausfallsicherheit.

Herr Jung erläutert, dass zwei Kessel vorhanden sind, bei Ausfall könnten auch mobile Heizzentralen angemietet werden, dies sei aber Sache des Unternehmens. Ein Ausfall beider Kessel sei aber sehr unwahrscheinlich.

Das Ratsmitglied erkundigt sich ferner nach den Zusatzkosten bezüglich der Installation.

Herr Jung erklärt, dass aktuell noch ohne Zusatzkosten gerechnet wird, so schnell kann er das nicht kalkulieren. Er kann Angebote einholen, es geht aber erstmal nur um das weitere Vorgehen. Die Wärmeübergabestation wird bis zu 70 Prozent gefördert, es handelt sich ungefähr um 3.000,- € über 15 Jahre, also recht überschaubare Kosten.

Das Ratsmitglied befindet die Vertragslaufzeit von 15 Jahren als zu lang.

Ein weiteres Mitglied des Gremiums merkt an, dass der Stadtrat doch bereits eine positive Entscheidung über das Nahwärmeprojekt getroffen hat. Das Mitglied kann das Zögern nicht nachvollziehen.

Bürgermeister Neher schließt sich dem an.

Ein anderes Mitglied des Gremiums regt an, die Entscheidung nochmal in die Fraktionen geben, da diese Kosten nicht unerheblich sind.

Bürgermeister Neher lehnt dies ab, da die Sache in der Zuständigkeit des Ausschusses liegt.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung Vöhringen wird beauftragt, eine Absichtserklärung mit der Kronenenergie GmbH abzuschließen. Die Absichtserklärung soll regeln, dass eine sofortige Teilabnahme von ca. 50.000 kWh/a erfolgt.

Sind sich die Vertragspartner einig, sollen ebenfalls die technisch notwendigen Maßnahmen, insbesondere die Installation der Wärmeübergabestation und die Anpassung der Regelungstechnik geplant und so früh wie möglich in Auftrag gegeben werden.

Abstimmungsergebnis: 9: 2 angenommen

4. Verschiedenes

Kein Anfall.

5. Anträge und Anfragen

Keine Wortbeiträge.

Ende der Sitzung: 20:10 Uhr

Vöhringen, den 17.12.2024

gez.

Michael Neher
Erster Bürgermeister

gez.

Hieber Linda
Schriftführer

Anlagen:

Zu Top 3 Wärmeliefervertrag Nahwärme Stadt Vöhringen (wurde bereits mit der Sitzungsvorlage zugestellt)

Zu Top 3 BHKW_Grundschole Nord (wurde bereits mit der Sitzungsvorlage zugestellt)